SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES

Zwölf Jahre an der Spitze. Ueli Maurer über Erinnerungen, den Blick nach vorne und die Aufgaben der SVP in der Zukunft.

Seite 3

Nationalrätin Yvette Estermann über die Ausschaffungsinitiative. Sie schafft endlich mehr Sicherheit für Schweizer und gut integrierte Ausländer.

Seite 5

Der Schweiz droht ein Energieengpass. Der Bundesrat wartet zu. Hans Rutschmann über die Versorgungssicherheit der Schweiz.

Seite 8

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 3/2008

232 749 Unterschriften für mehr Sicherheit S. 4

Ja zur Stärkung der Volksrechte und der Gemeinden
Marcel Schenker S. 7

Agrarfreihandel – zentrale Fragen werden nicht beantwortet
Josef Kunz S. 9

Die Steuerhoheit der Schweiz ist nicht verhandelbar
Judith Uebersax-Widmer S. 10

Die SVP auf dem Weg in die Zukunft S. 12

Neue Parteileitung der SVP Schweiz S. 14

Forderungen der SVP S. 15

Reklame

Wir machen aus Kunden Winner.

Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen

Zofinger Tagblatt AG
Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93
www.ztonline.ch

232 749 Unterschriften für mehr Sicherheit

«Unsere Regeln gelten für alle» – diesem Grundsatz folgt die Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer», welche die SVP am 15. Februar mit über 232 000 Unterschriften eingereicht hat. Die Gesetze und Regeln in der Schweiz sind wieder konsequent umzusetzen. Wer sich nicht daran hält, hat sein Gastrecht in der Schweiz verwirkt. Ausländer, welche kriminell sind oder auf Kosten der anderen leben und die öffentliche Wohlfahrt missbrauchen, müssen unser Land verlassen.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Shop

..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr.	25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr.	79.–
..... Expl.	Pin	Fr.	7.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr.	2.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr.	20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 27 Kleber	Fr.	5.–
..... Expl.	Jass ❏ französisch ❏ Deutschschweizer	Fr.	3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr.	33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr.	2.50

Name .....

Vorname .....

Adresse .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

Mail .....

Ort .....

Datum .....

Unterschrift .....

Bitte Talon einsenden an:
Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Impressum SVP-Klartext
Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 × / Jahr

Chefredaktor: Markus Zollinger

Inserate: Markus Zollinger

Adresse:
Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:
Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:
Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:
Zofinger Tagblatt AG, ZT Print, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49, www.ztonline.ch

Adressänderungen:
per E-Mail an klartext@svp.ch

STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.
Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Gute Geschäftsmöglichkeit

Sie sind seriös, selbstständig, positiv und lieben Kontakt mit Leuten …
Dann informieren Sie sich unter www.freizeit-einkommen.ch

Nationalrat Ueli Maurer, ehemaliger Präsident SVP Schweiz

Einen Gang höher schalten

Während zwölf Jahren durfte ich unsere SVP führen. In Erinnerung bleiben mir Hunderte von Gesichtern und Geschichten. Es ist uns in dieser Zeit gemeinsam gelungen, die SVP weiter auszubauen und zur mit Abstand stärksten Partei unseres Landes zu machen. Wir sind heute in der ganzen Schweiz vertreten, haben die Organisation verbessert und die Partei hat erfolgreich Abstimmungs- und Wahlkampf geführt. Ganz herzlichen Dank für diese Arbeit, die Sie geleistet haben, und herzlichen Dank für die unzähligen Stunden der Freundschaft, die Sie mir geschenkt haben. Das sind die Erinnerungen, die nicht verblassen.

Und nun? Zurücklehnen? Nein! Keinesfalls! Auf uns und unsere Partei warten die nächsten Herausforderungen. Vorab die übliche Leier: Medien und Gegner versuchen uns zu spalten und orten riesige Differenzen innerhalb der Partei. Das war nie und ist nicht so. Wir ringen um Lösungen und haben dazu eine gute Streitkultur entwickelt. Das ist nötig, der Wettbewerb um bessere Ideen hat die Partei stark gemacht. Stark gemacht hat uns auch, dass ein einmal gefasster Beschluss umgesetzt wird, auch wenn er Einzelnen weh tut. Das muss auch in Zukunft so bleiben.

Mittel- und längerfristig muss die Partei ihre heutige Stellung konsolidieren und weiter ausbauen. Die Chancen dazu stehen gut. Die SVP steht auf der Seite des Volkes. Die Eliten dieses Landes in Politik und Wirtschaft entfernen sich immer mehr von den Sorgen und Nöten der Bevölkerung, um eigene Pfründen und Vorteile zu sichern. Das macht misstrauisch – und das ist gut so. Die SVP darf mit dem tollen Ergebnis nicht zufrieden sein. Im Gegenteil, wir müssen einen Gang höher schalten. Wir müssen unsere Wahlversprechen umsetzen. Wir kämpfen für eine Schweiz, die unser Zuhause ist. Ein Zuhause, das Freiheit und Unabhängigkeit garantiert, das den Bewohnern Sicherheit bietet und die Grundlagen schafft für Wohlstand. Nur wenn sich unsere Partei ohne Wenn und Aber in den Dienst des Volkes stellt und persönliche Interessen hintenanstellt, bleibt sie glaubwürdig und kann wachsen. Vergessen wir nicht, dass wir letztlich immer für unsere Schweiz einstehen, für ihre Werte und Wurzeln. Die tragenden Säulen bleiben die direkte Demokratie, die bewaffnete Neutralität und der föderalistische Aufbau des Staates. Diese Grundwerte verschaffen uns Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlstand.

Ihr Ueli Maurer

Ausschaffungsinitiative mit eindrücklichem Resultat eingereicht:

232 749 Unterschriften für mehr Sicherheit

«Unsere Regeln gelten für alle» – diesem Grundsatz folgt die Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer», welche die SVP am 15. Februar mit über 232 000 Unterschriften eingereicht hat. Die Gesetze und Regeln in der Schweiz sind wieder konsequent umzusetzen. Wer sich nicht daran hält, hat sein Gastrecht in der Schweiz verwirkt. Ausländer, welche kriminell sind oder auf Kosten der anderen leben und die öffentliche Wohlfahrt missbrauchen, müssen unser Land verlassen.

In den letzten Wochen haben – einmal mehr – Jugend- und Ausländergewalt die Schlagzeilen geprägt. Nicht nur aufgrund dieser Vorfälle werden die ausländer- und sicherheitspolitischen Anliegen, welche die SVP in den letzten Jahren präsentiert hat, von breiten Bevölkerungsschichten getragen: Es ist höchste Zeit, der Politik des Wegschauens und des Schönredens ein Ende zu setzen. Die Zahlen der Kriminalstatistiken sind erschreckend. Das Chaos an den Schulen und die Gewalt um die Bahnhöfe sind beängstigend. Dies haben wir den Linken und Netten zu verdanken. Und davon hat die Bevölkerung definitiv genug.

Die Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» ist mit einer Rekord-Unterschriftenzahl zustande gekommen: 232 749 Bürger haben das Volksbegehren unterschrieben. 210 770 beglaubigte Unterschriften wurden bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Der Ausländeranteil bei Gewaltdelikten dokumentiert das Problem klar. Und die Tatsache, dass unter den Tätern solche sind, die kürzlich das Bürgerrecht erhalten haben, zeigt, dass wir auch im Bereich Einbürgerungen die Hausaufgaben nicht gemacht haben. Die Probleme mit schlecht integrierten Ausländern haben wir bereits an den Schulen, sie zeigen sich bei Jugendlichen und schliesslich auch in den Kriminalstatistiken.

Diese Entwicklungen dürfen wir nicht tolerieren. So machen wir unser Land kaputt: Die Schweiz, welche weltweit als attraktiver Wirtschaftsstandort eingestuft wird – ein Land, dass bekannt ist für seine Sicherheit sowie für Fleiss und Ordnung. Wir dürfen uns unseren guten Ruf nicht einfach so kaputt machen lassen. Die Ausschaffungsinitiative, welche wir im Februar eingereicht haben, ist darum ein wichtiger Schritt in der schweizerischen Sicherheits- und Ausländerpolitik. Sie ist eine Massnahme neben anderen: Es gibt weitere Punkte, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Dies unter anderem in den Bereichen des Strafrechts, des Jugendstrafrechts und vor allem der Einbürgerungspraxis.

Die Ausschaffungsinitiative der SVP schafft klare Verhältnisse:

- Sie formuliert Tatbestände, die zwingend zum Erlöschen des Aufenthaltsrechts führen: Kriminelle Ausländer sind aus der Schweiz auszuweisen.
- Die bisherige «kann»-Regelung des Ausländergesetzes wird zu zwingendem Recht. So kann der laschen Behördenpraxis ein Riegel geschoben werden.
- Die Ausweisung ist nicht mehr nur eine fremdenpolizeiliche Massnahme, sondern dient auch der Bestrafung des Täters (wie früher die Landesverweisung).

Die Initiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Gewalt- und Kriminalitätsprobleme mit Ausländern. Wer gegen das Gesetz verstösst oder sich auf Kosten der Sozialwerke ein schönes Leben macht, hat bei uns nichts zu suchen. Solche schwarzen Schafe wollen wir nicht in der Schweiz.

Verbesserung der Situation für anständige Ausländer

Die Initiative richtet sich klar gegen diese schwarzen Schafe. Gleichzeitig stärkt die Ausschaffungsinitiative damit die Stellung der anständigen, integrierten und fleissigen Ausländer in der Schweiz. Es ist traurig, dass heute eine kleine Minderheit unintegrierter, straffälliger und gewalttätiger Ausländer die gesamte ausländische Wohnbevölkerung in Verruf bringt. Dem muss ein Riegel geschoben werden: Für das Ansehen und den Respekt vor den integrierten, arbeitstätigen Ausländern ist es wichtig, dass diejenigen Ausländer, welche die Gesetze missachten und unsere Sicherheit gefährden, das Land verlassen müssen.

Die SVP hat Ihre Hausaufgaben gemacht – nun liegt der Ball bei der Regierung. Sie muss alles daransetzen, dass die Volksinitiative rasch behandelt und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.

Nationalrätin Yvette Estermann, LU

Mehr Sicherheit – für Schweizer und gut integrierte Ausländer

In den letzten Wochen haben erneut Jugend- und Ausländergewalt die Schlagzeilen geprägt. Nicht nur aufgrund dieser Vorfälle werden die sicherheitspolitischen Anliegen, welche die SVP in den letzten Jahren präsentiert hat, von breiten Bevölkerungsschichten getragen: es ist höchste Zeit, der Politik des Wegschauens und des Schönredens ein Ende zu setzen. Die Zahlen der Kriminalstatistiken sind erschreckend. Das Chaos an den Schulen und die Gewalt um die Bahnhöfe herum sind beängstigend. Davon hat die Bevölkerung definitiv genug.

Betrachtet man die Jugendkriminalität, stellt man markante Steigerungsraten bei Raub, Drohung und Körperverletzung fest. Bei all diesen Delikten liegt der Anteil ausländischer Straftäter über 50 %. Jugendliche Ausländer mit Wohnsitz in der Schweiz werden um ein Mehrfaches häufiger straffällig als Schweizer Bürger ihrer Altersgruppe. Wer behauptet noch, dass wir keine Probleme in dieser Richtung haben? Und was muss noch alles passieren, bis etwas dagegen getan wird?

Unsere am 1. August 2007 gestartete Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» ist mit einer Rekord-Unterschriftenzahl zustande gekommen: 232 749 Bürger haben das Volksbegehren unterschrieben. 210 770 beglaubigte Unterschriften wurden Mitte Februar bei der Bundeskanzlei eingereicht.

Mehr Sicherheit durch weniger Ausländerkriminalität

Die Initiative führt ein, was wir früher im Strafgesetzbuch mit der Landesverweisung schon in ähnlicher Form hatten. Wir müssen gezielt gegen jene Leute vorgehen, welche die Sicherheit der Bevölkerung auf schwerste Weise bedrohen, unser Sozialsystem missbrauchen und damit die gesamte ausländische Bevölkerung in Verruf bringen. Weil die

bestehende Regelung der «Ausweisung» im Ausländerrecht zu lasch ist, brauchen wir eine zwingende Bestimmung, welche in jedem Fall nach Vorliegen einer schweren Straftat den Verlust der Aufenthaltsrechte nach sich zieht.

Dass dieser Verlust der Aufenthaltsrechte als zwingende Folge direkt an die Begehung eines Delikts anknüpft, ist wichtig und nimmt die Idee der Landesverweisung, welche im Strafrecht als sog. «Nebenstrafe» ausgestaltet war, wieder auf. So setzen wir auch jungen Ausländern gegenüber ein klares Zeichen. Es muss wieder bewusst werden, dass in diesem Land die Gesetze zu respektieren sind. All diese Schlägereien, Messerstechereien und anderen Gewalttaten, von welchen wir gerade in den letzten Wochen wieder gehört haben, dürfen wir weder akzeptieren noch dürfen solche Zustände als Normalvorkommnisse ins Tagesgeschehen Einzug finden.

Gut integrierte Ausländer haben das Nachsehen

Gravierend sind diese Vorfälle nicht zuletzt auch für Ausländer, die gut integriert sind und hier leben, arbeiten und ihre Steuern zahlen. Stellen Sie sich vor, Sie wandern als Schweizer in ein fremdes Land aus. Ihre Kinder gehen in die Schule, ihre Arbeitskollegen schätzen sie und haben Achtung vor ihren Leistungen.

Und plötzlich: Die Nachrichten und alle Zeitungen sind gefüllt mit Schlagzeilen wie: Fünf jugendliche Schweizer vergewaltigen ein Mädchen! Ein betrunkener Schweizer rammt mit dem Auto eine Frau mit ihrem Kind. Beide sind auf der Stelle tot! Ein Schweizer erschiesst seinen zuständigen Sozialarbeiter! Die Polizei beschlagnahmt kiloweise Drogen. Die Dealer stammen aus der Schweiz!

Wie würden Sie sich fühlen? Ihre Kinder kommen weinend von der Schule nach Hause. Niemand will mit ihnen spielen. Ihre Arbeitskollegen wenden sich von Ihnen ab, Ihre Frau wird im Quartier gemieden …

Warum fragt niemand, wie es diesen Ausländern geht, die jeden Tag hören müssen, was ihre Landsleute angestellt haben? Ich kenne zahlreiche nette, integrierte Ausländerinnen und Ausländer. Sie trauen sich nicht mehr zu sagen, woher sie stammen. Sie wollen nicht mit den kriminellen Landsleuten in den gleichen Topf geworfen werden. Auch darum geht es bei der Ausschaffungsinitiative der SVP: Wir wollen die Spreu vom Weizen trennen. Wer sich nicht an die Regeln hält, soll unser Land verlassen.

Ich persönlich kenne viele Ausländerinnen und Ausländer, welche die Ausschaffungsinitiative der SVP gut finden. Einige von ihnen trauen sich sogar öffentlich darüber zu sprechen, wie ein Interview in der «Neuen Luzerner Zeitung» vom 15. Februar 2008 belegt. Ich zitiere:

«Den Leuten klarmachen, dass man sich an die Regeln des Gastlandes halten muss, finde ich in Ordnung. Wenn jemand in meiner Wohnung zu Besuch ist und macht, was er will, werfe ich ihn irgendeinmal auch hinaus.»

Diese Leute spüren es am eigenen Leib, wie es ist, als Ausländer einen schlechten Ruf zu haben. Weiter im Interview:

«Wegen ein paar Typen, die sich nicht anpassen wollen, werden alle Ausländer in einen Topf geworfen.»

Die Konsequenzen sind die Probleme bei der Arbeits- oder Wohnungssuche.

Ja, wir handeln im Namen derjenigen, die sich nicht mehr sicher fühlen. Wir wollen, dass die Schweiz wieder ein attraktiver Wohnort, aber auch ein sicherer Zufluchtsort für die Verfolgten und Bedrohten wird. Die Schweiz soll wieder das werden, was sie früher war: eine Perle der

SVP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz sind herzlich willkommen!

SVP Frauen Kanton Zürich

SVP-Studienreise nach Stockholm

«30 Jahre Wohlfahrtsstaat Schweden»

Donnerstag, 18. bis Sonntag, 21. September 2008

Programm:

- **Referat: Der schwedische Arbeitsmarkt**
- **Referat: Die Besonderheiten des politischen Systems Schwedens**
- **Referat: Das Schwedische Gesundheitswesen und die Altersvorsorge**
- **Empfang mit schwedischen Parlamentariern**
  (Referate in Englisch mit deutscher Zusammenfassung)
- **3-stündige Stadtrundfahrt** in Deutsch mit Besuch des Stadthauses, der «Blauen Halle» und dem «Goldenen Saal» (Nobelpreis-Verleihung)
- **Ausflug in die unvergleichlich schöne Insel- und Schärenwelt**, Midsommer-Buffet «Smörgsbord» auf der Insel Grinda

Kosten & Leistungen:

Preis pro Person im Doppelzimmer: Fr. 1355.–
Preis pro Person im Einzelzimmer: Fr. 1645.–

- Flüge Zürich-Stockholm-Zürich mit SAS Scandinavian Airlines, Economy
- 3 Übernachtungen im Hotel Hasselbacken**** mit Frühstück

Im Basispreis nicht berücksichtigt sind alle nicht erwähnten Mahlzeiten, Getränke und Transfers und Annullierungskosten-/SOS-Versicherungen.

Organisation/Begleitung:

- **Rita Gygax**, Präsidentin SVP Frauen Schweiz
- **Jacqueline Hofer**, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich, **www.svpfrauen.ch**
- **Inge Schütz**, SVP International, **www.ingeschuetz.ch**

Anmeldung: SVP-Studienreise nach Stockholm, Do. 18. bis So. 21. September 2008
Ich melde mich hiermit definitiv an!

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

E-Mail: _____

Telefon/Natel: _____

Zutreffendes ankreuzen:
❍ Doppelzimmer zusammen mit: _____
❍ Einzelzimmer
❍ Annullierungskosten-/SOS-Versicherungen à Fr. 69.–

Datum/Unterschrift: _____

Anmeldungen an: Jacqueline Hofer, Präsidentin SVP Frauen Kanton Zürich
Postfach 530, 8600 Dübendorf, Tel. 044 820 20 90, Fax 044 820 20 85

Anmeldeschluss: **Dienstag, 15. Juli 2008.** Es stehen max. 35 Plätze zur Verfügung.
Bei Überbuchung nach Eingang der Anmeldung.
Programmänderungen bleiben vorbehalten.

Freiheit, der Demokratie, des Friedens – und der Sicherheit! Unsere Volksinitiative leistet einen wichtigen Beitrag dazu.

Massnahmen gegen lasche Einbürgerungspraxis

Dass die Kriminalität bei Ausländern enorm hoch ist, wissen wir. Dass aber immer mehr Täter, welche in der Statistik als «Schweizer» erscheinen, einen so genannten «Migrationshintergrund» aufweisen, ist erschreckend. Dies bedeutet: Sie wurden eben erst eingebürgert. Diese Täter waren offensichtlich nicht integriert – und trotzdem haben sie das Schweizer Bürgerrecht erhalten. Schaut man gleichzeitig die Entwicklung der Einbürgerungszahlen an, so stellt man fest, dass diese innert 10 Jahren von gut 19 000 auf über 45 000 (2007) explodiert sind. Da drängen sich die Fragen auf:

- Warum werden Ausländer, die nicht integriert sind oder sich nicht an unsere Regeln halten wollen, eingebürgert?
- Warum steigt die Zahl der Einbürgerungen derart rasant an?

Diese unseriös getroffenen und zunehmenden Einbürgerungsentscheide sind darauf zurückzuführen, dass sich heute kaum mehr jemand traut, ein Einbürgerungsbegehren abzulehnen. Obwohl die Rechtslage anders ist, spricht das Bundesgericht von Rekursmöglichkeiten und Begründungspflichten. Die Folge: Immer mehr Ausländer erhalten unbesehen den Schweizer Pass.

Auf dieses Problem hat die SVP eine Antwort: über unsere Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» wird am 1. Juni abgestimmt. Diese Initiative schafft Rechtssicherheit und ermöglicht, dass auch weiterhin die Stimmbürger über Einbürgerungen abstimmen können.

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55 000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

Kantonsrat Marcel Schenker, TG

Ja zur Stärkung der Volksrechte und der Gemeinden

Am 25. November 2007 fällten die Thurgauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einen zukunftsweisenden Entscheid. Der Thurgauer Souverän lehnte das neue kantonale Einbürgerungsgesetz ab, welches einen faktischen Einbürgerungsanspruch geschaffen, die Volksrechte abgebaut und zu Masseneinbürgerungen geführt hätte. Damit ist klar: Das Volk will seinen Einfluss im Einbürgerungsverfahren behalten. Die Thurgauer haben somit ihre eigene Entmachtung verhindert und die Bevormundung durch Juristen und Funktionäre zurückgewiesen. Jetzt gilt es dafür zu kämpfen, dass das Volk auch die Eidgenössische Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» annehmen wird.

Worum geht es bei der Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen»? Es geht um viel. Es geht um unsere Volksrechte. Es geht um das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden. Und vor allem: Es geht um uns und unser schönes Land.

Ja zur Stärkung der Volksrechte

Bis zum 9. Juli 2003 war die Rechtslage in Sachen Einbürgerungen klar. Das Bundesgericht verstand Einbürgerungsentscheide als politische Entscheide. Auf der Grundlage der Bundesverfassung wurde der Einbürgerungsentscheid als politisches Recht zementiert. Politische Entscheidungen, getroffen vom Souverän, können in der Schweiz grundsätzlich nicht angefochten werden. Der Souverän entscheidet endgültig, der Entscheid seiner Mehrheit gilt. So galt es während hunderten von Jahren in der Form unangefochtener Kompetenz des Stimmbürgers.

Mit dem Bundesgerichtsentscheid vom 9. Juli 2003 in Sachen Emmen änderte das Bundesgericht seine bisherige Praxis auf einen Schlag. Einbürgerungsentscheide sollten nunmehr Verwaltungsakte – vergleichbar mit der Erteilung eines Führerausweises oder der Bewilligung für eine Kehrichtsammelstelle – darstellen. Damit hat das Bundesgericht im ganzen Land für Rechtsunsicherheit gesorgt, einen höchst politischen Entscheid gefällt und seinen Kompetenzbereich klar überschritten. Und das Volk? Ist es nicht so, dass ein Volk, das seine Rechte nicht mehr wahrnimmt und verteidigt, bald keine mehr hat?

Kantonsrat Marcel Schenker war Präsident des Thurgauer Komitees «Nein zum neuen Einbürgerungsgesetz». Er stellt sich bei den Grossratswahlen vom 6. April 2008 der Wiederwahl.

Ob ein bestimmter Regelungsgegenstand politischer oder verwaltungsrechtlicher Natur ist, kann und darf doch nur im politischen Prozess selbst beantwortet werden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen das letzte Wort haben – und sie werden das letzte Wort haben.

Um Klarheit zu schaffen, hat die SVP die eidgenössische Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» eingereicht. Das Volksbegehren sieht vor, dass die Stimmberechtigten jeder Gemeinde festlegen, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs ist dann endgültig. Ein Ja zur SVP-Initiative schafft Rechtssicherheit und stärkt die Volksrechte.

Ja zur Stärkung der Gemeinden

Die Gemeinden haben bei der Integrationspolitik die wichtigste Funktion inne. Die Bürgerrechtserteilung schliesst die Integration ab. Es ist vorab auch die Gemeinde, die mit dem Einbürgerungsentscheid leben muss. Das Verfahren und der Entscheid über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist einzig und allein Sache der Gemeinden. Niemand hat das Recht, ihnen hier dreinzureden.

Volksentscheide auf Gemeindeebene sind bürgernah und gerecht. Einbürgerungsentscheide sind Volksentscheide. Und: Bei demokratisch getroffenen Entscheiden gibt es kein Rekursrecht. Mit einem Ja zur Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» hat das Volk weiterhin das letzte Wort bei Einbürgerungen. Das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden wird gestärkt. Dies führt u.a. auch zu einer höheren Akzeptanz von Einbürgerungsentscheiden.

Ja zur Kontrolle bei Einbürgerungen

Die Zahl der Einbürgerungen steigt stark an. Alleine im Jahr 2006 wurden 47 607 Personen eingebürgert. Dies sind mehr, als in den Kantonen Uri und Appenzell Innerrhoden Einwohner leben. Von 1990 bis 2006 sind die jährlichen Einbürgerungen gar um 669 Prozent angestiegen. Die neue Einbürgerungspraxis des Bundesgerichts (Begründungspflicht bei ablehnenden Einbürgerungsentscheiden) verstärkt den zunehmenden Trend zu Masseneinbürgerungen noch. Zudem wird mehr als jede zweite Straftat in unserem Land von einem Ausländer begangen. Der Anteil frisch eingebürgerter Straftäter steigt ebenfalls stark an. Dies gilt es mit der Volksinitiative «für demokratische Einbürgerungen» zu verhindern. Nur mit einem Ja zur SVP-Initiative behält der Bürger die Kontrolle über die Einbürgerungen.

Werbung

Bettenreinigung in einem Tag!

Decken und Kissen werden morgens abgeholt und in einem Tag aufgefrischt. Inhalt reinigen: Decken Fr. 25.–, Kissen Fr. 10.–. Neue Stoffe und Nachfüllung auf Wunsch. Nur 1a-Qualitäten, kein Lebendrupf! Neue Decken und Kissen, auch Spezialanfertigungen. Direktverkauf aus eigener Fabrikation.

Bettwaren Kloten

BETTFEDERNREINIGUNG
POTEMA®
MOBILE MATRATZENREINIGUNG

ZOLLINGER + CO. AG
- **8424 Embrach, Hardhofstrasse 15**
  Telefon 044 869 10 75
  Samstags auf tel. Anmeldung

www.rafzerfeld.com
bettwaren@rafzerfeld.com

Nationalrat Hans Rutschmann, ZH

Energiepolitik ohne Perspektiven

Die Energiepolitik wird in den nächsten Jahren zunehmend die politische Agenda dominieren. Der Schweiz droht schon in wenigen Jahren ein Engpass in der Energieversorgung. Dadurch wird unser Wirtschaftsstandort ernsthaft gefährdet. Dagegen müssten bereits heute dringend Entscheide gefällt werden. Der Bundesrat hat es jedoch überhaupt nicht eilig.

Der Wohlstand unseres Landes hängt zu einem wesentlichen Teil von einer sicheren Energieversorgung ab. In der Botschaft über die Legislaturplanung 2007–2011 erklärt der Bundesrat die Gewährleistung der mittel- und langfristigen Versorgungsicherheit mit Energie zu Recht als eines der Ziele in der laufenden Legislaturperiode. Allerdings ist zu bezweifeln, ob die geplante Umsetzung der Energiestrategie des Bundesrates, namentlich mit den Aktionsplänen zu Energieeffizienzmassnahmen und zur Förderung der erneuerbaren Energien, genügt, um eine sichere Energieversorgung tatsächlich zu gewährleisten. Praktisch alle ernst zu nehmenden Energiefachleute gehen heute von einer unsicheren Versorgungslage aus. Schon ab 2012, d.h. bereits in vier bis fünf Jahren, könnten bei längerdauernden Hitze- oder Kälteperioden die Lichter ausgehen. Ab 2018 rechnet man aber auch deshalb mit einer Stromlücke, weil ab diesem Zeitpunkt die bestehenden Kernkraftwerke Mühleberg sowie Beznau I und II ersetzt werden müssen. Zudem laufen praktisch zum gleichen Zeitpunkt die Importverträge mit Frankreich schrittweise aus.

Unsinnige Lenkungsabgaben und Umverteilungsübungen

Gemäss dem kürzlich vorgestellten Massnahmenkatalog legt der Bundesrat das Schwergewicht in seiner Energiepolitik vor allem auf Massnahmen zur Senkung des Öl- und Gasverbrauches und einen höheren Anteil an erneuerbaren Energien. Diese Zielsetzungen sind grundsätzlich zu begrüssen. Das Problem wird sich hier jedoch spätestens bei der Diskussion um die konkret zu treffenden Massnahmen stellen. So lehnt die SVP bürokratische Hindernisse, Lenkungsabgaben und eine künstliche Verteuerung der Energie grundsätzlich ab. Als schlechtes Beispiel kann hier die soeben eingeführte CO_2-Abgabe dienen, welche nicht zur konkreten Förderung der Energieeffizienz eingesetzt, sondern in bürokratischer Weise umverteilt wird. Zudem hat der Markt mit den extrem gestiegenen Ölpreisen die CO_2-Abgabe bereits vorweggenommen. Es kann aber auch nicht das Ziel des Staates sein, Energien zu fördern, welche sich auf dem Markt nicht durchsetzen können und damit keine Gewähr bieten, ob sie fossile Energieträger oder die Kernkraft überhaupt je ersetzen können.

Vernachlässigte Versorgungssicherheit

Leider spielt in der bundesrätlichen Energiepolitik die sichere Energieversorgung nur eine untergeordnete Rolle. Energiepolitik ist für ihn vor allem Klimapolitik. Eine effizientere Energieverwendung in Gebäuden durch Wärmepumpen und eine bessere Gebäudetechnik senken zwar wunschgemäss die CO_2-Emmission, erhöhen jedoch gleichzeitig den Stromverbrauch. Das Gleiche gilt, wenn der Strassenkilometer durch den Bahnkilometer ersetzt wird. Auch der verstärkte Ausbau des öffentlichen Verkehrs führt zwangsläufig zu einem höheren Stromverbrauch. Damit kommt der Versorgung, insbesondere mit Strom, eine immer grössere Bedeutung zu.

Zur mittel- und längerfristigen Sicherstellung der Energieversorgung sind aber bereits heute die Weichen zu stellen. Zwar schreibt der Bundesrat in der Botschaft zur Legislaturplanung, dass er für die Deckung der zu erwartenden Stromlücke weiterhin auf Kernenergie setzt. In der Praxis, beispielsweise beim Problem der Entsorgung radioaktiver Abfälle, hat man jedoch das Gefühl, dass in diesem Bereich mehr auf Verzögerungstaktik als auf eine Problemlösung hingearbeitet wird.

Gefährliche Auslandabhängigkeit

Zu einer sicheren Energieversorgung gehören sowohl Sparmassnahmen wie die Erschliessung neuer Energiequellen. Grundsätzlich sind alle sinnvollen Massnahmen zu treffen, welche den Energieverbrauch reduzieren können. Gleiches gilt für die Energieversorgung, wo auch den neuen erneuerbaren Energien wie Wind- und Sonnenenergie, Geothermie und Biomasse eine wichtige Rolle zukommt. Allerdings können diese das Versorgungsproblem alleine nicht lösen. Auch wohlwollende Studien gehen davon aus, dass sie bis 2035 max. 10 % unseres Stromverbrauches decken können.

Ebenso wenig können wir uns auf Importe verlassen. Wir können kaum davon ausgehen, in Zukunft unbeschränkt Energie zu vernünftigen Preisen importieren zu können. Die anderen europäischen Staaten ha-

Werbung

ben ähnliche Probleme und werden in den kommenden Jahren ebenfalls neue Energiequellen erschliessen müssen. Sodann werden Erdöl und Gas grösstenteils aus Ländern eingeführt, welche sich nicht unbedingt durch stabile politische Verhältnisse auszeichnen. Zudem besteht die Gefahr, dass Energielieferungen immer mehr als politisches Druckmittel eingesetzt werden. Diesbezügliche unliebsame Erfahrungen haben bekanntlich bereits die Ukraine und Weissrussland sammeln müssen.

Wichtige einheimische CO_2-freie Energieversorgung

Zur Gewährleistung unserer Energieversorgung sind alle verfügbaren, sinnvollen Energieformen notwendig. Bei der Stromproduktion können wir uns auf die heutige, weitgehend CO_2-freie Wasser- und Kernkraft abstützen, welche über 90 Prozent unseres Stromverbrauches decken. Sowohl die Wasserkraft wie auch die erneuerbaren Energien sind noch ausbaubar. Zur Sicherstellung der künftigen Energieversorgung sind wir aber dringend auf den Ersatz der Kernkraftwerke angewiesen. Damit können wir sowohl den Strombedarf decken wie auch sinnvollen Klimaschutz betreiben. Es kann und darf nicht sein, dass wir uns aus ideologischen Gründen in eine verhängnisvolle Auslandabhängigkeit begeben oder auf hohe emissionserzeugende Stromproduktionsformen wie Gaskombikraftwerke ausweichen.

Im Bereich der Energie- und Klimapolitik spielt die Versorgungssicherheit eine zentrale Rolle. Davon hängt sowohl unsere Wirtschaft wie unser Wohlstand ab. Diesbezüglich sind für uns in der bundesrätlichen Energiepolitik bisher leider keine Erfolg versprechenden Perspektiven erkennbar.

AGRARFREIHANDEL

Nationalrat Josef Kunz, LU

Agrarfreihandel – zentrale Fragen werden nicht beantwortet!

Frau Bundesrätin Doris Leuthard und Herr Manfred Bötsch erhalten laufend in der landwirtschaftlichen Presse die Gelegenheit, für ein Freihandelsabkommen mit der EU zu werben, und sprechen von grossen Chancen. Dabei werden drei zentrale Fragen bewusst nicht angesprochen:

- Wie wird das Lohnniveau gegenüber der EU ausgeglichen?
- Woher nehmen wir zusätzliche Rohstoffe für den Export?
- Halten wir an unseren hohen Tierschutz- und Produktionsauflagen fest?

In der Schweiz haben wir gegenüber der EU ein massiv höheres Lohnniveau, zudem ist in der Schweiz der Mindestlohn gesetzlich verankert. Dieser beträgt immer noch das Mehrfache der Billig-EU-Länder. Mit Fr. 53.90 pro geleistete Arbeitsstunde liegt die Schweiz an der Spitze, im Gegensatz zu Bulgarien, wo die Ar-

beitsstunde gerade mal Fr. 2.50 kostet. Müssen also die Bauern die Rohstoffe unter dem EU-Preis abliefern, damit für die nachgelagerten Stufen das Manko ausgeglichen wird?

Die Schweiz ist der vermutlich grösste Importeur von Nahrungsmitteln weltweit. Ausser bei den Milchprodukten haben wir in allen Belangen Importbedarf. So importierte die Schweiz im letzten Jahr rund 150 000 Tonnen Fleisch. Zudem basiert unsere Fleischproduktion zu 50 % auf Futtermittelimporten. Sollte also zusätzlich Fleisch exportiert werden, gibt es drei Möglichkeiten. Entweder importieren wir zusätzliche Rohstoffe, wenn vorhanden, wir öffnen die Nährstoffbilanz oder steigen im Waadtland auf Fleischproduktion um, was aber unser Land verstärkt durch zusätzliche Futterimporte vom Ausland abhängig macht.

Freihandel heisst: gleiche Preise, nicht aber gleiche Auflagen. Die EU werden die im Vergleich sehr hohen Produktions- und Tierschutzauflagen in der Schweiz kaum interessieren, wir Schweizer Bauern sind aber genau mit ihr im Konkurrenzkampf. Die Schweizer Konsumenten würden es kaum akzeptieren, dass unser hohes Qualitätsniveau einer Billigmassenproduktion nach EU-Muster geopfert wird. Weiter haben wir gegenüber der EU strukturelle und topographische Nachteile, die gleiche Preise nie rechtfertigen.

Wir verlangen schliesslich von der Verwaltung auch nicht, ihre Löhne dem EU-Niveau anzugleichen. Vergleiche, wie sie Frau Bundesrätin Leuthard mit der Industrie zieht, können so auf keinen Fall akzeptiert werden. Wir haben gegenüber der EU im Agrarbereich ein Exportdefizit von ca. 6 Milliarden Franken. Bei Bedarf können in Teilbereichen Kontingente ausgehandelt werden, wie es kürzlich für 1900 Tonnen Wurstwaren gemacht wurde. Mit einem Freihandelsabkommen wird mit Bestimmtheit unsere Getreide- und Zuckerproduktion und somit die Ernährungssicherheit aufs Spiel gesetzt.

Zudem werden tausende von Betrieben durch die massiven Einkommensverluste in ihrer Existenz bedroht, weil ein Freihandelsabkommen so oder so auf dem Buckel des Schwächeren, sprich, der Bauern, ausgetragen wird. Ein Freihandelsabkommen muss darum zwingend mit dem Referendum bekämpft werden.

Werbung

ÜBERSETZEN,
LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN
Bahnhofweg 17, 5610 Wohlen
056 622 33 44, www.aareptan.ch
translate@aareptan.ch

Judith Uebersax-Widmer, Petitionsausschuss IG Waldstätten, SZ

Die Steuerhoheit der Schweiz ist nicht verhandelbar

Der Zentralvorstand der SVP hat beschlossen, die Petition «Hände weg von unserem Steuersystem» (lanciert von der SVP-IG Waldstätten) zu unterstützen. Die Vertreter der Innerschweizer Kantone UR, LU, ZG, OW, NW und SZ befürchten, dass der Bundesrat dem steten Druck seitens der EU nachgeben könnte und unsere Steuerhoheit preisgibt.

Noch hält die Schweizer Regierung daran fest, dass unser Steuersystem nicht verhandelbar ist. Von offizieller Seite wird beteuert, dass die Schweiz nicht verhandelt – sie stellt sich nur dem Dialog. Um die Haltung des Bundesrates zu bestärken und zu stützen, haben die SVP-Waldstätterkantone eine Petition lanciert. Die SVP-Waldstätterkantone fordern darin den Bundesrat explizit auf, unser Steuersystem nicht unter zunehmendem, erpresserischem Druck zu verbiegen. Das Misstrauen ist gerechtfertigt. Schon vor der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit (2005) fanden EU-Angriffe auf die Schweizer Steuerhoheit statt. Nun steht wieder die Personenfreizügigkeit im Raum und die EU verstärkt wiederum den Druck auf unser Steuersystem.

Die Schweiz ist ein souveräner Staat und nicht Mitglied der EU oder des EWR. Es bestehen im Hinblick auf die Steuergesetzgebung keine vertraglichen oder politischen Verpflichtungen, warum die Schweiz sich dem Druck der EU beugen sollte. Die Schweiz verfügt über keine nennenswerten Bodenschätze. Unsere Stärken liegen vielmehr in der Neutralität, der Stabilität durch unsere föderalistische, direkte Demokratie, im Finanz- und Bankenwesen und in der Forschung. Wenn wir uns in die Ausgestaltung unseres Steuersystems pfuschen lassen, verlieren wir einen gewachsenen, massgeblichen Vorteil des Wirtschaftsplatzes Schweiz. Nicht wir müssen unser funktionierendes System opfern, vielmehr müssen unsere Nachbarn ihre maroden Steuerabzocker-Systeme verbessern und den Leistungen des Staates anpassen.

Forderung der SVP zur Europapolitik des Bundesrates

An der Delegiertenversammlung vom 1. März 08 hat die SVP 12 Forderungen zur Europapolitik verabschiedet.
Pkt. 1 «Unwiderrufliche, verbindliche Verpflichtung der EU, die schweizerische Souveränität nicht weiter in Frage zu stellen». Die SVP weist die Einmischung der EU in unsere inneren Angelegenheiten in aller Schärfe zurück. Zum kantonalen Steuerwettbewerb gibt es nichts zu verhandeln. Die SVP fordert die unwiderrufliche, verbindliche schriftliche Erklärung der EU, dass diese ein für alle Mal von ihren Forderungen nach Anpassung der schweizerischen Steuergesetze Abstand nimmt.
In Pkt. 2 «Verknüpfung der Steuerfrage mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien» fordert die SVP klar die Garantie der Steuerautonomie für die Schweiz. Weigert sich die EU, eine entsprechende Erklärung zur schweizerischen Steuersouveränität abzugeben, wird die SVP auf jeden Fall das Referendum gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit ergreifen.
Weder über unser Steuersystem noch über unsere kantonale Steuerautonomie darf verhandelt werden. Wer etwas von der Schweiz will, muss ihr Steuerregime ohne Wenn und Aber und ohne zeitliche Befristung anerkennen.

Jetzt ein Zeichen setzen

Petitionsbögen sind auf der Homepage der SVP aufgeschaltet und können heruntergeladen werden. Eine Petition kann von jedermann unterschrieben werden. Egal wie alt, egal welche Nationalität, egal welche Wohngemeinde. Setzen wir jetzt ein Zeichen, dass die SVP auf keinen Fall unsere Steuersouveränität preisgeben will. Setzen wir ein Zeichen, welches selbst der Bundesrat zur Kenntnis nehmen muss.

Werbung

21. SVP-Aktuell-Reise
Aargau
1. - 6. Mai 2008

Mit Schiff & Car durch Nordholland

> Einzigartige Kanalkreuzfahrt mit der MS Poseidon
> Besichtigung "Städtebau" oder "Landwirtschaft"
> Fahrt übers "Wattenmeer" und zur Nordseeinsel "Texel"
> Blumenpark Keukenhof und Amsterdam

Kosten: p/P in Doppelkabine, ab CHF 1'430.-
Leistung: Schiffspassage VP, Carreise, Ausflüge, Eintritte, 1 Mie
Durchführung: Indermühle Carreisen, 5332 Rekingen
Telefon: 056 298 11 10 oder buchung@carmaeleon.ch

indermühle

Akkura GmbH
Immobilien-Treuhand mit Herzblut

Mietliegenschaften
Stockwerkeigentum
Schätzungen
Beratungen

Wir nehmen uns Zeit für Sie
persönliche Betreuung durch
Eidg. dipl. Immobilien-Treuhänder
Immobilienverwalter mit eidg. FA

Schulhausstr. 7, 5612 Villmergen T: 056 610 10 92 www.akkura.ch svit

IG Waldstätten

Petition der Waldstätter Kantone
„Hände weg von unserem Steuersystem“

Die unterzeichnenden Personen stellen hiermit, gestützt auf §33 der eidgenössischen Verfassung folgendes Begehren zu Handen des Bundesrates.

Die Steuerhoheit der Schweiz ist zu schützen. Sie ist nicht verhandelbar. Es werden keine Diskussionen mit der EU dahingehend geführt, dass in Sachen Steuerhoheit der Schweiz irgendwelche Kompromisse oder Zugeständnisse seitens der Schweiz gemacht werden. Die Steuerhoheit ist nicht Gegenstand Bilateraler Verträge und darf auch künftig in keinen Zusammenhang bei Verhandlungen und Verträgen mit der EU oder anderen Staaten gestellt werden.

Auf dieser Liste können alle Personen unterzeichnen, die obiges Anliegen unterstützen. Es darf ihnen daraus kein Nachteil erwachsen. Der Bundesrat hat von der Petition Kenntnis zu nehmen.

	Name **Vorname** handschriftlich, **Blockschrift**	**Geburtsdatum** Tag/Monat/Jahr	**Wohnadresse** Strasse und Nr.	**Wohnort**	**Eigenhändige Unterschrift**
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis bei einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 sowie Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Das Petitionskomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Petition mit absoluter Mehrheit seiner stimmberechtigten Mitglieder vorbehaltlos zurückzuziehen:

Das Petitionskomitee:
J. Uebersax-Widmer, SVP Schwyz, G. Planzer, SVP Uri, NR. P. Schwander, SVP Schwyz, P. Wyss, SVP Nidwalden, A. Sigrist, SVP Obwalden, NR O. Laubacher, SVP Luzern, NR M. Scherer, SVP Zug.

Bogen zurückschicken an:

Wenn Sie das Anliegen dieser Petition unterstützen, dann schicken Sie den ganz oder teilweise ausgefüllten Bogen an das **Sekretariat, SVP Kanton Schwyz, Postfach, 8808 Pfäffikon SZ**. Weitere Bogen können dort bestellt oder direkt von der Homepage unter www.svp.ch/sz kopiert werden. Vielen Dank für die Untersützung.

Die SVP auf dem Weg in die Zukunft

Über 900 Gäste, darunter 550 Delegierte, versammelten sich am Samstag, 1. März, zur ersten Delegiertenversammlung der SVP seit den eidgenössischen Wahlen vom 21. Oktober 2007. Eine eindrückliche Versammlung, in der personell eine politische Ära abgeschlossen wurde und der Weg in die Zukunft mit neuen Vertretern an der Spitze eingeläutet wurde.

Ueli Maurer, der die SVP in den vergangenen zwölf Jahren präsidierte, wurde mit Standing Ovations und grossem Dank verabschiedet. Damit geht personell und politisch eine Ära zu Ende, welche einzigartig in der Schweizer Politlandschaft steht. Ueli Maurer lebte für die Politik und seine Partei. Mit unvergleichlicher Kompetenz, begeisternder Rhetorik, grosser Menschlichkeit und Kollegialität wird er sämtlichen politischen Freunden wie Kontrahenten in Erinnerung bleiben. In seiner Rede rief Maurer den Kernauftrag der SVP, den Vertrag mit dem Volk, in Erinnerung. Die SVP steht auf der Seite des Volkes. Ohne Wenn und Aber. Auch ohne eigene Bundesräte, erst recht in der Opposition. Bei der unwürdigen und perfiden Abwahl von Bundesrat Blocher hat das Parlament es fahrlässig in Kauf genommen, einen Grossteil der Schweizer Bevölkerung von der Landesregierung auszuschliessen. Die daraus resultierende Welle der Sympathie für die SVP bekräftigt uns alle, unsere politische Arbeit noch deutlicher umzusetzen und Überdurchschnittliches zu leisten. Volksvertreter haben das Volk zu vertreten und nicht die Regierung.

Ebenso vehement und herzhaft wie der Abschied Maurers dann der Applaus für den neuen Präsidenten der SVP, Toni Brunner. Dieser ermutigte

Präsidiales Trio: Hans Uhlmann, Toni Brunner, Ueli Maurer, Vertreter dreier Generationen an der Spitze der SVP

Der neue Präsident der SVP, Toni Brunner, bei seiner Antrittsrede

Berstend voll – über 900 Gäste und Delegierte in der Festhalle Rüegerholz, Frauenfeld

klar dazu, nach vorne zu schauen. Dafür, einzig dafür, haben uns über 650 000 Wählerinnen und Wähler im vergangenen Herbst ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben.

Der abgewählte Bundesrat Christoph Blocher machte in eindrücklichen Worten klar, dass die Schweiz kein Kolonialgebiet ist – weder das der EU noch des deutschen Fiskus. Blocher ortete in der aktuellen Landesregierung keine Strategie, wie den neuerlichen Angriffen auf die schweizerische Souveränität und Hoheit zu begegnen sei. Daher ist es ganz offensichtlich die Aufgabe der SVP, die unhaltbaren Steuerforderungen zu beseitigen sowie das erweiterte Personenfreizügigkeitsabkommen mit Rumänien und Bulgarien als auch die Kohäsionszahlungen zu bekämpfen – notfalls mit dem Referendum. Die Schweiz ist bereit, den bilateralen Weg zu gehen – sofern die Abkommen ausgewogen sind. Ausgewogen heisst nichts anderes, als dass sie den Bedürfnissen der Schweiz, der Schweizer und Schweizerinnen, entsprechen und dass auf beiden Seiten Konzessionen gemacht werden.

Die Oppositionsrolle der SVP wurde von der Delegiertenversammlung erneut bekräftigt und die Forderungen der Partei im Bereich der Aussenpolitik bleiben auch in der Parteibasis unbestritten.

Der neue Generalsekretär Yves Bichsel mit Parteipräsident Toni Brunner, Eros Mellini (SVP Tessin), dem ehemaligen Generalsekretär Gregor A. Rutz und Ueli Maurer (v.l.n.r.)

Weiter stimmten die Delegierten der vorgeschlagenen Erweiterung des Vizepräsidiums der SVP zu. Yves Bichsel wurde zudem zum neuen Generalsekretär der SVP Schweiz gewählt, er folgt auf Gregor A. Rutz, der seit 2001 im Amt war.

Die Versammlung in der Festhalle Rüegerholz, Frauenfeld, wurde musikalisch kraftvoll bereichert durch Alphornklänge und die exzellente Grenadiermusik Zürich.

Gespannt horcht das Publikum der Rede des abgewählten Bundesrates Christoph Blocher.

Werbung

TROUVAILLES
Kunstgalerie

Permanente
Gemälde-Ausstellung
des 19.–20. Jahrhunderts

Mittwoch: 14.00–18.00 Uhr
Samstag: 12.00–16.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Paul + Charlotte Vogt
Fischmarkt 6
CH-4410 Liestal

Tel./Fax +41 61 721 78 81
Natel +41 79 674 05 84
vogttrouvailles@bluewin.ch

Zu verkaufen aus Altersgründen einmaliger und neuwertiger

Jaguar/Daimler V8

4 Liter, Jahrgang Okt. 2000, langer Radstand. Top-Ausrüstung, Diplomatenfahrzeug, 100% unfallfrei, Winter nie gefahren. Neupreis Fr. 148 000.–, jetzt Fr. 35 000.–. Kilometerstand 110 000 nur von Chauffeur gefahren, erstklassig gewartet und gepflegt. Carrosserie schwarz, innen Ivory-Leder, Kopfstütze mit «D» gestickt. Vollautomatische Klimaanlage, Holzlenkrad, Nussbaumverkleidung, eingebaute Telefonanlage etc. Leasing oder bar.

Tel. 041 250 36 89 oder 081 681 25 15

Neue Parteileitung der SVP Schweiz

Die SVP passt ihre Führungsstrukturen der gewachsenen Parteistärke und den neuen Herausforderungen an, denen sich die Partei als Oppositionskraft stellen muss: Präsident, Fraktionschef und fünf Vizepräsidenten bilden zusammen die Parteileitung. So verfügt die SVP über eine Führung, die ebenso umfassende Strategien von langer Hand vorbereiten wie auch im Politalltag flexibel und schnell reagieren kann.

Der neue Präsident steht für einen Generationenwechsel an der Spitze der Partei. **Toni Brunner** verbindet jugendlichen Schwung mit langer politischer Erfahrung. Seit zwölf Jahren politisiert der Bauer aus dem Toggenburg im Nationalrat, seit 2000 ist er Vizepräsident der SVP Schweiz. Unter seinem Präsidium wurde die SVP St. Gallen zur wählerstärksten Partei des Kantons. Und im Wahlkampf 2007 bewies er als Kampagnenverantwortlicher in der Deutschschweiz taktisches Geschick und zeigte stets ein offenes Ohr für die Anliegen der Bevölkerung.

Dem neuen Präsidenten stehen sechs Politiker zur Seite, die aufgrund ihres Wissens und ihrer Erfahrung ihre Dossiers optimal betreuen können:

Nationalrat **Caspar Baader,** Rechtsanwalt und ETH-Agronom, stellt Kontinuität in der parlamentarischen Arbeit der Partei sicher. Weiterhin wird er der Bundeshausfraktion vorstehen, die er seit 2001 mit grosser Umsicht und Erfolg führt.

Unternehmer und Nationalrat **Adrian Amstutz** hat als typischer Milizpolitiker seine Laufbahn in der Gemeindepolitik begonnen. Er stand der Berner Oberländer Gemeinde Sigriswil von 1993 bis 1998 als Präsident des Gemeinderates vor. Von 1998 bis 2003 gehörte er dem Grossen Rat an und seit 2003 ist er Nationalrat. Nun ist er für die Basisarbeit in der Deutschschweiz zuständig.

Seit Juni 2000 ist Nationalrat **Yvan Perrin** Mitglied der Exekutive seiner Wohngemeinde La Côte-aux-Fées. Im Oktober 2003 wurde der Parteioffizier für die noch junge SVP des Kantons Neuenburg in den Nationalrat gewählt. Im Wahlkampf 2007 führte er das Wahlkampfteam in der Suisse romande. Als Aufbauverantwortlicher für die welsche Schweiz setzt er die Arbeit fort, die er in den vergangenen Jahren geleistet hat und die bei den letzten Parlamentswahlen durch einen weiteren Vormarsch in der Suisse romande von Erfolg gekrönt wurde.

Christoph Blocher stellt sich der Partei als Verantwortlicher für Recherchen, Strategie und Kampagnen zur Verfügung. Somit stehen der Partei das Wissen und der Erfahrungsschatz des Unternehmers, erfolgreichen Kantonalparteipräsidenten, Kampagnenarchitekten, Nationalrats und Bundesrats weiterhin zur Verfügung. Es bedeutet für die Partei einen Glücksfall, dass der prominenteste Politiker der Schweiz auch nach seiner Tätigkeit in der Landesregierung weiterhin für die SVP wichtige Arbeit zu leisten bereit ist.

Nationalrätin **Jasmin Hutter** ist in ihrer beruflichen Tätigkeit auch für firmeninterne Schulung zuständig. Dieses Wissen wird sie in Zukunft der Partei zur Verfügung stellen. Sie wird die parteiinterne Schulung und Ausbildung koordinieren und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parteikadern fördern.

Walter Frey, alt Nationalrat und ehemaliger Präsident der SVP-Nationalratsfraktion, hat bereits in früheren Jahren für die Partei wichtige Aufbauarbeit geleistet. So präsidierte er unter anderem die SVP der Stadt Zürich und betrieb damals auf städtischer Ebene eine ausserordentlich erfolgreiche Oppositionspolitik. In der neuen Funktion obliegt ihm der Kontakt der SVP zu anderen bürgerlichen Organisationen; als international tätiger Unternehmer ist er zudem die ideale Kontaktperson für Gewerbe und Wirtschaft.

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen
- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation
Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Forderungen der SVP

Die EU erhöht den Druck auf unser Land. Der erfolgreiche Finanzplatz Schweiz ist der bürokratischen EU ein zu erfolgreicher Konkurrent. Deshalb sollen wir jetzt gezwungen werden, unsere Standortvorteile aufzugeben und nach Brüssels Diktat unsere Stärken in Schwächen zu verwandeln. Das können wir nicht hinnehmen. Die Schweiz muss sich wehren. Die SVP fordert die Umsetzung folgender Punkte zur Verteidigung unserer Souveränität:

1. **Unwiderrufliche, verbindliche Verpflichtung der EU, die schweizerische Souveränität nicht weiter in Frage zu stellen**
   Die SVP weist die Einmischung der EU in unsere inneren Angelegenheiten in aller Schärfe zurück. Die SVP fordert die unwiderrufliche, verbindliche schriftliche Erklärung der EU, dass diese ein für alle Mal von ihren Forderungen nach Anpassung der schweizerischen Steuergesetze Abstand nimmt.

2. **Verknüpfung der Steuerfrage mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien**
   Bei den offenen Fragen um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf die beiden neuen EU-Länder Rumänien und Bulgarien tritt die Europäische Union mit einem konkreten Anliegen an die Schweiz heran. Dieses Dossier ist für uns, im Gegensatz zur EU, nicht von Bedeutung. Darum muss die Garantie der Steuerautonomie der Schweiz mit der Frage der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien verknüpft werden. Weigert sich die EU, eine entsprechende Erklärung zur schweizerischen Steuersouveränität abzugeben, ergreift die SVP in jedem Fall das Referendum zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit.

3. **Bei weiterem EU-Druck: Retorsionsmassnahmen**
   Im Fall weiterer Druckversuche seitens der EU muss der Bundesrat Retorsionsmassnahmen ergreifen: z.B. Sistierung der Kohäsionszahlungen, Verweigerung der Auszahlung des EU-Anteils der Zinsbesteuerung, Verteuerung der Autobahnvignette für EU-Bürger, Einschränkung der EU-Fahrzeuge bei den Alpentransversalen.

4. **Erweiterung der Personenfreizügigkeit nur mit klaren Bedingungen**
   Für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien sind folgende Bedingungen zu erfüllen: eine Übergangsfrist von zwölf Jahren, in denen Kontingente zur Anwendung kommen, der Verzicht auf zusätzliche flankierende Massnahmen sowie eine effizientere Rückübernahmeregelung mit Rumänien und Bulgarien für kriminelle oder gewalttätige Staatsangehörige.

5. **Transparenz über Kohäsionszahlungen an Rumänien und Bulgarien**

6. **Nein zu neuen Kohäsionszahlungen ohne Gegenleistung**
   Die rund 350 Mio. CHF für Bulgarien und Rumänien müssen mit einer Gegenleistung von Seiten der EU verknüpft werden. Prioritär ist die Forderung nach einer Lösung im Flughafenstreit mit Deutschland. Es darf nicht sein, dass die EU konstant mit neuen Forderungen an die Schweiz herantritt, ohne dafür auch etwas zu bieten.

7. **Neue Abkommen nur mit Nutzen für die Schweiz**
   Die Schweiz darf nur Verträge abschliessen, die den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken ohne die Souveränität der Schweiz zu tangieren.

8. **Kein Rahmenvertrag zur Ausschaltung des Volkes**
   Ein sog. «Rahmenabkommen» mit der EU ist die Vorstufe zum EU-Beitritt. So könnten Botschafter und Verwaltungsangestellte autonom politische Entscheide treffen, während die Politiker und das Volk nichts mehr zu sagen hätten.

9. **Erweiterung des Staatsvertragsreferendums**
   Das Volk muss über alle wichtigen völkerrechtlichen Verträge, Abkommen, Konventionen und Programme – welche praktisch immer die Souveränität und die Unabhängigkeit des Landes sowie die Rechte des Volkes schmälern – abstimmen können. Die SVP erneuert die entsprechenden parlamentarischen Vorstösse und unterstützt die Bemühungen der AUNS, die politischen Rechte im Bereich des Staatsvertragsreferendums zu stärken.

10. **Kein unnötiger Nachvollzug von EU-Recht**
    Mit dem Abschluss von internationalen Konventionen und Staatsverträgen verliert die Schweiz jedes Mal ein Stück Souveränität, ein Stück Freiheit und damit den für einen Kleinstaat wichtigen Handlungsspielraum.

11. **Weiterführung der Personenfreizügigkeit ist zwingend dem Volk vorzulegen (obligatorisches Referendum)**
    2008 muss ein obligatorisches Referendum über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit allen EU-Staaten ab 2009 stattfinden. Die Schweizer Bevölkerung ist täglich mit den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit konfrontiert und muss daher auch über deren Weiterführung entscheiden.

12. **Dringliche Parlamentsdebatte zum Thema Steuerstreit**
    Es ist zwingend notwendig, dass auch die anderen Parteien der sich früher oder später stellenden Problematik nicht aus dem Weg gehen und dass sich das Parlament endlich mit diesen Fragen auseinandersetzt.

Jetzt zugreifen – die Geschenkidee!

Wer als Unternehmer, Offizier oder Politiker derart erfolgreich ist wie Christoph Blocher, dessen Erfolgsgeheimnis möchte man ergründen. Das hat Matthias Ackeret in langen Gesprächen getan; sie liegen nun in diesem Buch vor: Christoph Blocher stellt darin seine Führungsphilosophie und seine Führungsprinzipien vor und erklärt, wie es ihm scheinbar mühelos gelingt, in allen Lebensbereichen grosse Leistungen zu erbringen.

www.blocher.ch

210 Seiten, broschiert
ISBN 978-3-85801-188-6

Bestellschein mit Spezialrabatt

____ Expl. Matthias Ackeret Das Blocher-Prinzip **CHF 30.–** statt 38.–
(exkl. Porto)

Name _____ Vorname _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung einsenden an: DIE IDEE, Postfach 6803, 3001 Bern – Fax 031 398 42 02 – E-Mail idee@jsvp.ch